

KATHPRESS

ÖSTERREICHISCHE KATHOLISCHE PRESSEAGENTUR

A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 [Postfach 1477]

☎ +43 1 / 512 52 83 FAX: +43 1 / 512 18 86

Bankverbindung: Schelhammer&Schattera, Kto. 10.2343

Frühjahrsvollversammlung

der Österreichischen Bischofskonferenz

Pressekonferenz am 29. März 1996 um 10 Uhr

Offizielle Texte

- 1) Soziale Lage
- 2) Das „Sparpaket“ und die Familien
- 3) Bericht über die kirchliche Situation
- 4) Kirche in der Gesellschaft - Wege in das Dritte Jahrtausend
- 5) „Wallfahrt der Vielfalt“ 7. - 8. September 1996
- 6) Europäische Ökumenische Versammlung
- 7) Umwelt
- 8) Die katholische Kirche in Österreich und ihre Entwicklungszusammenarbeit mit der „Dritten Welt“
- 9) Position zur Rückkehr bosnischer Kriegsvertriebener
- 10) Erklärung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)
- 11) „Kathpress“-Meldung: Bischof Weber fährt mit Delegation nach Sarajevo

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Soziale Lage

Österreich gehört nicht zuletzt dank dem Fleiß jener Menschen, die nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau getragen haben, zu den reichsten Ländern der Erde. Politische und wirtschaftliche Stabilität und sozialer Zusammenhalt ermöglichten uns ein hohes Maß an Lebensqualität. Sorge bereitet uns die wachsende Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Zahl derer, die in unserem Land von Armut und Ausgrenzung bedroht sind.

Sorge bereiten uns auch Tendenzen zur Entsolidarisierung. Als Folge davon werden Einrichtungen des sozialen Ausgleichs als kaum mehr zu finanzierende Kosten angesehen. So verschärfen sich die bestehenden Risse in der Gesellschaft: zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Inländern und Ausländern.

Die Antwort auf die Probleme durch die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft im Zeichen der europäischen Integration kann nicht darin bestehen, den Druck auf die Schwächeren zu erhöhen. Die grundsätzliche Annahme des Sparpakets hat gezeigt, daß die österreichische Bevölkerung bereit ist, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Wir appellieren in diesem Zusammenhang an die Regierung, unzumutbare Härten bei Familien, Arbeitslosen, Ausländern und Frauen zu entschärfen.

In einer Gesellschaft, in der Einkommen und Soziale Sicherheit entscheidend vom Arbeitsplatz abhängen, wird Arbeitslosigkeit zum existentiellen Problem. Beschäftigungspolitik muß daher Priorität haben. Daneben muß auch die Frage gestellt werden, ob angesichts von Umweltzerstörung und Verarmung der Dritten

Welt nicht tiefgreifendere Veränderungen der Art unseres Arbeitens und Wirtschaftens notwendig sind.

Zu gesellschaftlichem Wohlstand trägt nicht nur Erwerbsarbeit bei, sondern auch Kindererziehung und Pflege in den Familien. Zur Aufwertung dieser Formen von Arbeit ist die Entwicklung eines neuen Arbeitsbegriffs notwendig.

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze bedarf es auch des Teilens von Erwerbsarbeit durch kürzere und flexiblere Formen von Beschäftigung. Gerechter zu verteilen sind neben den Einkommen auch die unbezahlten Tätigkeiten.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Organisation der Erwerbsarbeit sind wichtige Herausforderungen an die Politik. Sie sind allerdings nicht das Ziel, sondern Mittel für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wenn sich die Voraussetzungen ändern, kann es notwendig werden, gewohnte und bewährte Mittel zu verändern, um das Ziel zu erreichen: eine Welt, in der alle Menschen auch zukünftige Generationen, leben können.

Der Weg ins Dritte Jahrtausend fordert beides: Neue Formen der Solidarität in Österreich und Mitverantwortung bei der Lösung der weltweiten Probleme. Es braucht unseren Mut und unsere Kreativität, um neue Wege zu gehen.

Österreichische Bischofskonferenz
26. - 28. März 1996

Das "Sparpaket" und die Familien

Die österreichischen Bischöfe sehen die Notwendigkeit, Sparmaßnahmen zu setzen und damit die Verantwortung für die Entwicklung unseres Landes mitzutragen. Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben.

Die vorgesehenen Maßnahmen bewirken jedoch vor allem für kinderreiche Familien besondere Belastungen. Gerade die Familien erbringen durch Erziehung und Pflege immense Leistungen für den einzelnen und die Gesellschaft. Dafür brauchen sie aber auch die Ermutigung durch unsere Gesellschaft.

Bei der künftigen Gestaltung des Steuerrechts wird daher Ideenreichtum notwendig sein, um zu einer gerechten Besteuerung und Entlastung der kinderreichen Familien zu kommen. Wenn dies nicht gelingt, ist zu befürchten, daß lebens- und kinderfeindliche Tendenzen weiter verstärkt werden. Eine weitere Folge ist die Überalterung und damit verbunden das Problem der sozialen Sicherung in der Zukunft (Pensionen). Familienförderung ist nicht eine Staatsaufgabe unter anderen, sondern eine lebenswichtige Investition in unser aller Zukunft.

Neuerlich möchten wir an unsere Aussagen im Sozialhirtenbrief über Ehe und Familie erinnern. Schon damals betonten wir, daß die Problematik von Ehe und Familie nicht auf den wirtschaftlichen Aspekt zu beschränken ist. Die Kirche setzt sich für Ehevorbereitung, Ehebegleitung, Ehe- und Familienberatung ein.

Nach wie vor stellen gelungene Familienbeziehungen einen hohen Wert gerade für junge Menschen dar. Die Notwendigkeit in diesen Bereichen mit legislativen und anderen geeigneten ehe- und familienstabilisierenden Maßnahmen fördernd einzugreifen, sollte auch von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden.

Die kirchlichen Hilfseinrichtungen werden - soweit möglich - für jene, die durch die Sparmaßnahmen unter Umständen in Notsituationen geraten, Hilfe zu leisten versuchen. Vor allem sollte auf diese Weise Alleinerziehenden und Müttern in Not beigestanden werden. Diese punktuellen Hilfen können jedoch kein gleichwertiger Ersatz für eine zukunftsorientierte Familien- und Sozialpolitik sein.

In diesem Zusammenhang möchten wir ausdrücklich festhalten, daß wir in den nächsten Jahren auch bei der Berechnung des Kirchenbeitrages auf die Auswirkungen des Sparpakets Rücksicht nehmen werden. Bei den kirchlichen Ermäßigungen wollen wir das Hauptaugenmerk auf die sozial Schwachen richten.

Für den Kirchenbeitrag 1996 bedeutet das ganz konkret, daß die Steuerfreibeträge für Sonderausgaben weiterhin in voller Höhe abgezogen und nicht wie im staatlichen Bereich halbiert werden.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Bericht über die kirchliche Situation.

Bei der Bischofskonferenz wurde über die Situation in den einzelnen Diözesen berichtet:

Nach der Bischofskonferenz im November 1995 begannen trotz anfänglicher Reserven sehr viele Kontakte zwischen den verschiedenen Richtungen. Die Bischöfe haben sich meist sehr intensiv beteiligt.

Es wurden zahlreiche Initiativen eines neuen Dialogs genannt, geistliche Vertiefungen und Befassung mit jenen Themen, die die Menschen von heute wirklich bewegen. Diese sind keineswegs immer dieselben wie die aktuellen innerkirchlichen Diskussionspunkte. Die alltägliche Seelsorge ist aber weithin mit diesen Sorgen und Hoffnungen verbunden.

Den Anliegen der Frauenkommissionen, der Ombudsstellen bezüglich sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen und der Befragung für Bischofskandidaten wurden in verschiedenen Diözesen bereits Rechnung getragen.

Der Mangel an Priestern und Ordensleuten ist nach wie vor beklammend und überall soll zu jener Atmosphäre beigetragen werden, die die Bereitschaft für eine solche Berufung stärkt. Wir ermutigen junge Menschen, der Treue Gottes zu trauen und sich selbst mehr zuzutrauen. Zugleich werden unsere Sorgen und Hoffnungen ohne Beschönigung nach Rom gebracht.

Als erste gesamtösterreichische Schritte sehen wir:

- Anfang September die Fachtagung Kirche und Gesellschaft bei Mariazell,
- die Wallfahrt der Vielfalt nach Mariazell 7. und 8.9.1996.
- die Pfarrgemeinderatswahlen in ganz Österreich am 16.9.1997
- die II. Europäische Ökumenische Versammlung 23. - 29.6.1997 in Graz.

Wir wiederholen unsere Einladung an alle Katholiken:

Bitte kommt mit!

Unsere Vorhaben entfalten ihre eigene Dynamik, die dann die weiteren Schritte auf dem Weg der Erneuerung des Glaubens in Österreich bestimmen soll. Eine besondere Richtschnur ist das Schreiben des Papstes Tertio Millennio Adveniente zur Vorbereitung auf das Jahr 2000.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Kirche in der Gesellschaft - Wege in das Dritte Jahrtausend

Fachtagung Mariazell 5. - 7. September 1996

1952 haben Vertreter der Katholischen Kirche Österreichs im "Mariazeller Manifest" das Wort von der "Freien Kirche in der freien Gesellschaft" geprägt.

Die katholischen Bischöfe möchten erneut die Frage nach den heutigen Herausforderungen an Kirche und Gesellschaft stellen. Sie haben Experten und Vertreter des katholischen Lebens für eine erste Bestandsaufnahme zu einer Fachtagung eingeladen, die im unmittelbaren Vorfeld der "Wallfahrt der Vielfalt" in Gösing bei Mariazell stattfinden wird.

In sechs Arbeitskreisen: Theologie, Staatskirchenrecht, Zeitgeschichte, Gesellschaftspolitik, Kultur und Information soll in einem ersten Schritt ein aktueller Befund erhoben werden. Dabei dienen die Regeln, welche der Sozialhirtenbrief 1990 für das gesellschaftliche Verhalten aufgestellt hat, als Grundlage. In einer weiterführenden Reflexion soll die Anwendung dieser Regeln im Lebensalltag und in der konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation unseres Landes untersucht werden.

Nach der Präsentation der Ergebnisse der Arbeitskreise vor den Mitgliedern der Österreichischen Bischofskonferenz und einer Diskussion mit den Bischöfen im Plenum sollen zu den verschiedenen Problemfeldern Thesen und Fragen formuliert werden. Dieses Ergebnis wird in die "Wallfahrt der Vielfalt" einfließen. In einem zweiten Schritt sollen interessierte und kompetente

Organisationen und Institutionen in die gemeinsamen Überlegungen ebenso eingebunden werden wie universitäre Bereiche und die Ökumene. Ziel des zweiten Schrittes ist die Erarbeitung eines "Grundtextes".

Der Grundtext wird - wie der Grundtext für den Sozialhirtenbrief 1990 - einem breiten Diskussionsprozeß unter Einbeziehung der "Basis" und all ihrer Strömungen zugeführt. Das Ergebnis dieses dritten Reflexionsschrittes könnte in einem Hirtenbrief "Kirche und Gesellschaft heute" bestehen, der die Anwendungsgrundsätze für die im Sozialhirtenbrief 1990 erarbeiteten Regeln sowie entsprechende Handreichungen für das christliche Zeugnis im gesellschaftlichen und politischen Leben enthält. Die Vorlage eines solchen Hirtenbriefes könnte zeitgerecht vor dem Beginn des dritten Jahrtausend erfolgen.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

"Wallfahrt der Vielfalt"

7. - 8. September 1996

Im Jahr der österreichischen Tausendjahrfeier laden die katholischen Bischöfe Österreichs zu einer "Wallfahrt der Vielfalt" am Sonntag, 8. September 1996, dem Fest Mariä Geburt, nach Mariazell. Gemäß der Erklärung der Herbsttagung 1995 der Österreichischen Bischofskonferenz (Nr. 3) bereitet die Pastoral Kommission Österreichs (PKÖ) gemeinsam mit der Katholischen Aktion Österreichs, dem Katholischen Laienrat Österreichs und der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände diese Wallfahrt vor.

Wir verstehen die "Wallfahrt der Vielfalt" als einen geistlichen Auftakt für eine Zeit der intensiven Erneuerung des Glaubens an Christus in Österreich.

Wallfahrt ist seit jeher ein gutes Bild für den Weg des Volkes Gottes durch die Geschichte. Die katholische Kirche ist in sich vielfältig - weltweit und in Österreich: verschiedene Spiritualitäten, Mentalitäten, Stile, Sichtweisen, Auffassungen, Sprachen und Volkskulturen sind vorhanden. Diese Vielfalt bedeutet einen spannungsreichen Reichtum.

Die Einladung zur "Wallfahrt der Vielfalt" richtet sich an die Katholiken in den Pfarren und in den katholischen Organisationen und Gemeinschaften, an Menschen, die sich in den letzten Monaten durch ihre Unterschrift einer Initiative zur Erneuerung unserer Kirche angeschlossen haben und an Kritiker solcher Aktionen, an die Mitglieder von geistlichen Bewegungen und an die vielen, die unorganisiert, vielleicht auch im Ver-

borgenen mit ihrer - unserer Kirche leben: an die "Vielfalt" der österreichischen Katholiken.

Leitwort für diese Wallfahrt wird das Loblied Mariens, das Magnificat (Lk 1,46-55), sein: ein biblisches Gebet, das Wegweisung für eine Vertiefung unseres Glaubens sein kann. Es erschließt zugleich die Fragen des menschlichen Lebens und der Gesellschaft mit Hoffnungen und Ängsten.

An mehreren Orten im Großraum von Mariazell wird es am 7.9.1996 Möglichkeiten zu Begegnungen geben. Verantwortlich sind jeweils katholische Gruppen, die Raum für Auseinandersetzung unterschiedlicher Standpunkte schaffen. Ergebnisse dieser Gespräche sollen nach Mariazell "mitgebracht" werden.

Am Vorabend (Samstag 7.9.) ist in Mariazell eine Feier der Einstimmung geplant, bei der Besinnung, Buße und Versöhnung im Vordergrund stehen. Die Basilika bleibt die ganze Nacht geöffnet.

Ähnliche Feiern werden in ganz Österreich sein.

Die hl. Messe am 8. September wird in der Basilika mit den österreichischen Bischöfen gefeiert werden. In diesem Gottesdienst soll besonders zum Ausdruck kommen, daß sich die katholische Kirche Österreichs ausgehend von dieser Wallfahrt gemeinsam auf einen Weg der Erneuerung begibt. Der ganze Tag wird in seiner Gestaltung den Charakter der Vielfalt haben.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Europäische Ökumenische Versammlung

Die Österreichische Bischofskonferenz lädt alle ein, sich am Vorbereitungsprozeß für die 2. Europäische Ökumenische Versammlung, die von 23. - 29. Juni 1997 in Graz sein wird, intensiv zu beteiligen. Die Versammlung wird unter dem Motto "Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens" stehen. Die Auseinandersetzungen mit diesem Thema ermöglichen konkrete Versöhnungsschritte sowohl innerhalb der römisch-katholischen Kirche, als auch zwischen den Kirchen, aber auch in der Gesellschaft zu suchen. Schwindende Solidarität zwischen Berufsgruppen, neue Fragen und Konflikte zwischen den Generationen und eine gerechte Aufteilung von Macht, Arbeit und Reichtum sind nur einige der Herausforderungen, die sich aus der Themenstellung ergeben. Ebenso muß dabei gefragt werden, welchen kleinen Beitrag der Versöhnung wollen wir in Österreich zur Überwindung ungerechter Strukturen in den weltweiten wirtschaftlichen Zusammenhängen und bei der Beilegung großer nationaler Konflikte leisten. Diese Aufgaben im Dienst der Versöhnung sollen von den Kirchen diskutiert und intensiver als bisher wahrgenommen werden.

Die Mitgliedschaft der römisch-katholischen Kirche im Ökumenischen Rat der Kirchen Österreichs, die sich seit 1. Jänner auch dadurch ausdrückt, daß Oberin Christine Gleixner als Stellvertreterin des Vorsitzenden Metropolit Michael Staikos im Vorstand mitarbeitet, ist für das Gelingen dieses großen europäischen ökumenischen Kirchentreffens in Graz ein gutes Zeichen. Die Einrichtung einer österreichischen Ökumenekommission durch die Österreichische Bischofskonferenz soll die öku-

menische Arbeit in Österreich weiter verstärken. Die Österreichische Bischofskonferenz schlägt vor, in allen Bundesländern im Herbst ökumenische Gottesdienste zu feiern und dabei alle Christen zur Teilnahme am Vorbereitungsprozeß und an der Versammlung einzuladen. Die positive ökumenische Entwicklung in Österreich, aber auch die Nähe zu Südosteuropa mit den großen Konflikten, werden die Versammlung in Graz mitprägen.

Bei der Versammlung in Graz werden 700 Vertreter der Kirchen in einer Delegiertenversammlung das Thema Versöhnung beraten und die Ergebnisse in einem Dokument zusammenfassen. Ein breites Dialogprogramm, Hearings, ein Markt der Möglichkeiten, vielfältige kulturelle Angebote, Initiativen und Projekte werden die Möglichkeit bieten, daß die vielen Besucher aus allen Ländern Europas und aus Österreich sich am Programm beteiligen können.

Mit einer gemeinsamen Sendungsfeier am Sonntag, 29. Juni, wahrscheinlich im Stadtpark, wird die 2. Europäische Ökumenische Versammlung in Graz beendet und soll dann in ihren Ergebnissen in den Kirchen und Ländern Europas weiterwirken.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Umwelt

Am 26. April 1996 sind es 10 Jahre seit der Katastrophe von Tschernobyl. Die Umweltsverantwortlichen der österreichischen Diözesen mahnen zu einem Gedenken an diesem Jahrestag. Wir gedenken der Opfer dieser Katastrophe und wenden uns besonders den Betroffenen in Solidarität zu.

In Österreich gibt es innerhalb und außerhalb der Kirchen Bemühungen, vor Gefahren der Atomkraftwerke zu warnen und sich für den Schutz und die Bewahrung der Schöpfung und der Geschöpfe einzusetzen. Die Österreichische Bischofskonferenz dankt für diese Mühen und unterstützt sie.

Um die Bewusstseinsbildung der Katholiken für Umweltfragen zu fördern und konkrete Schritte in den Pfarren zu setzen, soll bei der Neuwahl der Pfarrgemeinderäte 1997 ein Referat für Umweltfragen in jeder Pfarre bestellt werden.

26. - 28. März 1996

Die katholische Kirche in Österreich und ihre Entwicklungszusammenarbeit mit der "Dritten Welt"

Vor Beginn der Frühjahrstagung der Österreichischen Bischofskonferenz fand am 25. März 1996 ein Studienhalbtage über "Die katholische Kirche in Österreich und ihre Entwicklungszusammenarbeit mit der 'Dritten Welt'" statt. Das Einleitungsreferat hielt Weihbischof Leo Schwarz aus Trier. Bischof Schwarz ist in Deutschland als Vorsitzender der Kommission Iustitia et Pax und Mitglied der Kommission "Weltkirche" der Deutschen Bischofskonferenz sowie als langjähriger Geschäftsführer des Bischöflichen Entwicklungshilfswerkes MISEREOR ein hervorragender Kenner dieser Materie. An dem Studienhalbtage nahmen auch die fünf leitenden Mitglieder der sogenannten Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission teil.

Bischof Schwarz sah in den letzten vier Jahrzehnten positive Entwicklungen; so sei es zu vielen Allianzen der Guten, zu einer Gewissensschärfung der Gläubigen und zur Erkenntnis gekommen, daß wir nicht nur geben, sondern auch viel von der "Dritten Welt" empfangen. Er ortete aber auch Defizite: Die Nord-Süd-Kluft sei größer geworden, das Drama des Hungers und die Strukturen des Unrechts sowie zahlreiche Hindernisse für die Entwicklung blieben bestehen z.B. die Verschuldung der Entwicklungsländer, die fortgesetzte Bedrohung der Demokratie, die rasante Bevölkerungsentwicklung im Süden und die nationalen und internationalen Fluchtbewegungen.

Anschließend an das Referat berichteten die Leitungsmitglieder

14

der Koordinierungsstelle zu fünf ausgewählten Themenbereichen: Spannungsverhältnis zwischen Mission und Entwicklung, Zusammenarbeit mit den Partner im Süden, Kirche - Staat - Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit, Bildungsarbeit und Anwaltschaft in Österreich, Transparenz der Mittelverwendung und Information der Öffentlichkeit.

Im anschließenden Gespräch wurden viele Fragen der Bischöfe behandelt; z.B. die Motivation der Spender, die Wahl der Partner in Übersee, die Entwicklung von eigenständigen Pfarrinitiativen, die mögliche Abhängigkeit von der staatlichen Mitfinanzierung und die Gefahr des Verlustes der kirchlichen Identität; Notwendigkeit und Form einer möglichst großen Transparenz der Mittelbeschaffung und -verwendung durch die spendensammelnden Organisationen.

Bischof Schwarz gratulierte der Österreichischen Kirche zu ihrer koordinierten Form der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auch zur Bildungsarbeit. Zur Transparenz und Information der Öffentlichkeit stellte Bischof Schwarz fest, daß diesem Wunsch der Öffentlichkeit nachzukommen sei. Die Kirche müsse so arbeiten und darüber informieren, daß sie sich klar von "Schwarzen Schafen" abgrenze und daß sie nicht mit anderen verwechselt werden kann. Das ist bei der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit in Österreich bestens verwirklicht.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Position zur Rückkehr bosnischer Kriegsvertriebener

Die Österreichische Bischofskonferenz unterstützt die freiwillige Rückkehr von bosnischen Kriegsvertriebenen in ihre Heimat unter den Voraussetzungen der Sicherheit und Würde. Zumutbar erscheint die Rückkehr nur bei Vorliegen einer, wenn auch erst auszubauenden Unterkunft sowie einer gesicherten Lebensgrundlage.

Um diese Lebensgrundlage zu sichern, sollen jene, die zur Rückkehr bereit sind, wie folgt unterstützt werden:

1. Eine Starthilfe sollte die Kosten der Rückkehr abdecken und übergangsweise die Existenzsicherung garantieren.
2. Ein Besuch der Rückkehrwilligen in ihrer Heimatgemeinde soll zum Zweck der Orientierung hinsichtlich der politischen Stabilität sowie des Wohnungs- und Arbeitsmarktes ermöglicht werden, wobei bis zu einer Dauer von 4 Wochen die Rückkehrmöglichkeit nach Österreich gewahrt werden sollte.

Für jene, die vorerst nicht zurückkehren können, sollen klare Rahmenbedingungen geschaffen werden:

1. Neben dem vorübergehenden Aufenthalt sollte die Möglichkeit zur Arbeit eröffnet, ansonsten weiterhin Unterstützung gewährt werden.
2. Der Wechsel vom "De-facto-Status" zur "normalen" Aufenthaltbewilligung soll durch die Ermöglichung der Erstantragsstellung im Inland erleichtert werden.

- 3. Bosnier mit "normaler" Aufenthaltsbewilligung, die arbeitslos werden, sollen wiederum in den Genuß der "De-facto"-Aktion kommen, falls sie nicht zurückkehren können.
- 4. Bei allen Problemlösungen soll die Familieneinheit im weiteren Sinne gewahrt werden.
- 5. Durch Beratung sollen umfangreiche und detaillierte Informationen über die Situation in der Herkunft-Regionen und Alternativen angeboten werden.

Der Aufenthaltsstatus derjenigen kriegsvertriebenen Personen, die zur Zeit ohne rechtlichen Status in Österreich leben, soll pauschal saniert werden (vorübergehendes Aufenthaltsrecht plus Unterstützung), sodaß ihre Rückkehr aus einer gesicherten Rechtsposition stattfinden kann.

Österreichische Bischofskonferenz

26. - 28. März 1996

Erklärung der Kommission der
Bischofskonferenzen der
Europäischen Gemeinschaft
(COMECE)

Die Regierungskonferenz benötigt visionäre Kraft und Entschlossenheit

In diesen Tagen wird die Regierungskonferenz der Europäischen Union eröffnet. Die in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) zusammengeschlossenen Bischöfe werden ihren Verlauf mit Aufmerksamkeit verfolgen und beten für den Erfolg. Gleichzeitig möchten wir einige Prinzipien hervorheben.

Die Europäische Union zählt die christlichen Werte zu ihren Wurzeln. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sie dank visionärer Kraft und mit großer Solidarität ihren Anfang genommen und eine lange Periode des Friedens und wirtschaftlicher Entwicklung ermöglicht. Das Beispiel der Gründerväter sollte eine Quelle der Inspiration für die Regierungskonferenz sein.

Diese Konferenz ist eine einzigartige Gelegenheit für die Regierungen und Völker Westeuropas, in der schwierigen Situation, in der wir uns am Beginn des 21. Jahrhunderts befinden, das große Ziel einer gerechteren Gesellschaft zu verwirklichen.

Daher fühlt sich die COMECE verpflichtet ihren Beitrag zu den aktuellen Überlegungen zu leisten und zu sagen, was für ein Europa sie wünscht und welche Ziele die Europäische Union ver-

folgen sollte.

Europa eine neue Dimension geben

Gewiss, die anstehenden wichtigen Verhandlungen sollen den Maastrichtvertrag zur Europäischen Union ergänzen und zahlreiche technische und institutionelle Fragen klären, doch müssen sie auch ein weiterreichendes Ziel anstreben. Wenn die Regierungskonferenz zu einem entscheidenden Datum in der Gestaltung Europas werden soll, dann muß sie sich an den wesentlichen ethischen Werten orientieren, die die Menschen bewegen und die eine Antwort geben auf die Sorgen der Völker Europas, insbesondere jene der Jugend.

Zu den grundlegenden Elementen gehören an erster Stelle die jedem Menschen zukommende und unantastbare Würde und die sich daraus ableitende unbedingte Anerkennung der Menschenrechte, die entweder durch eine eigene Charta oder durch den Beitritt zur Konvention der Menschenrechte des Europarates zum Ausdruck gebracht werden sollten.

Ein Geist der Offenheit und der Solidarität

Des weiteren ist es unabdingbar, daß die Europäische Union ihre Offenheit und Solidarität durch eine aktive Sozialpolitik bezeugt, die vor allem den Schwächsten zu Hilfe kommt.

Wir glauben insbesondere, daß die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag im Vertragswerk finden sollte, um vor allem der Jugend neue Hoffnung zu geben in einer Zeit, in der das schwere Los der Arbeitslosigkeit das Leben vieler Einzelner und Familien schwer belastet.

Die angesprochene Sozialpolitik beinhaltet naturgemäß Schutz und Förderung der Rechte der Familie.

Ebenso darf die Europäische Union nicht zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht werden, die sich nach außen abschließt.

19

Sie sollte ein menschlicheres und für die Notsituationen anderer empfängliches Zusammenleben fördern. In dieser Hinsicht werden die Regelungen, die zu den Fragen des Asyls, der Einwanderung, der Grenzkontrollen sowie der Bekämpfung des Rassismus in allen seinen Formen getroffen werden, ein wichtiger Test für die von der Konferenz zugrundegelegten ethischen Werte sein.

Ebenso kommt es der Europäischen Union zu, über die Respektierung der Minderheiten und ihrer Rechte zu wachen.

Europa kann die Bürger nur dann begeistern und ihre volle Zustimmung erlangen, wenn es ihnen nahe ist und die "Unionsbürgerschaft" - unter Beachtung der Prinzipien der Demokratie, der Subsidiarität und der kulturellen Vielfalt - mehr Gehalt zu verleihen vermag.

Desgleichen muß die Europäische Union ihre Offenheit nach außen unter Beweis stellen, indem sie schrittweise diejenigen demokratischen Länder Europas aufnimmt, die ihre Kandidatur angemeldet haben, die Ziele der Union respektieren und zur Teilnahme bereit sind.

Auch den ärmsten Ländern der Welt muß die Europäische Union ihre Solidarität erweisen und die Hilfe für diese Staaten fortsetzen.

Das sind Bedingungen, die dem Zusammenwachsen Europas die richtige Gestalt geben und zum Erhalt des Friedens in der Welt beitragen.

Die COMECE ruft alle Katholiken auf, gemeinsam mit den anderen Christen und allen Bürgern, sich dem europäischen Einigungsprozeß wieder stärker zuzuwenden und von neuem für die Schaffung eines solidarischen und handlungsfähigen Europas einzutreten.

Bischof Weber fährt mit Delegation nach Sarajevo

Spitzenrepräsentanten der österreichischen Religionsgemeinschaften und der Aktion "Nachbar in Not" im Mai auf Versöhnungsmission in der bosnischen Hauptstadt - "Weg des Friedens" durch Sarajevo

Graz, 28.3.96 (KAP) Vom 6. bis 8. Mai 1996 wird eine österreichische interreligiöse Delegation Sarajevo besuchen, um den Friedensprozeß in Bosnien-Herzegowina zu unterstützen und zu fördern. Spitzenrepräsentanten der Religionsgemeinschaften in Österreich werden als Delegationsmitglieder an dieser Reise teilnehmen und auf diese Weise die Bedeutung der Mission unterstreichen: Der Grazer Diözesanbischof Johann Weber als Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, der griechisch-orthodoxe Metropolit Erzbischof Michael Staikos als Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, der evangelische Oberkirchenrat Univ.Prof. Dr. Johannes Dantine, Rabbiner Walter Rothschildt und der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Dr. Ahmad Abdelrahimsai.

Wichtig für die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung, die im Juni 1997 in Graz stattfinden wird, ist die Teilnahme des Vorsitzenden des österreichischen Lokalkomitees zur Vorbereitung dieser Versammlung, des Grazer orthodoxen Theologen Univ.Prof. Dr. Grigorios Larentzakis. An der Reise werden auch Vertreter der Aktion "Nachbar in Not", der größten privaten Hilfsorganisation im ehemaligen Jugoslawien, teilnehmen: der Initiator der Aktion und Intendant des ORF-Landesstudios Steiermark, Kurt Bergmann, der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Dr. Heinrich Treichl, und "Nachbar in Not"-Koordinator Peter Quendler.

Am 7. Mai wird die österreichische Delegation gemeinsam mit höchsten Repräsentanten aller Glaubensgemeinschaften aus Sarajevo einen "Weg des Friedens" in der bosnischen Hauptstadt gehen. Der "Weg des

Friedens" soll von der katholischen Kathedrale zur alten serbisch-orthodoxen St. Michaels-Kirche, dann zur jüdischen Synagoge und schließlich zur Kaisermoschee, dem Sitz des Reis-ul-ulema (des obersten muslimischen Geistlichen), führen. Zur Teilnahme sind nicht nur Angehörige aller Konfessionen aus Sarajevo, sondern auch die in Visoko bei Sarajevo stationierten österreichischen, griechischen, belgischen und luxemburgischen UNO-Soldaten sowie die seit kurzem in Sarajevo eingesetzten österreichischen UNO-Gendarmen eingeladen.

Bei einem Arbeitsgespräch auf Einladung des österreichischen Botschafters in Sarajevo, Dr. Valentin Inzko, möchte die österreichische Delegation zusammen mit den lokalen konfessionellen Hilfsorganisationen erkunden, wie die weitere humanitäre Hilfe aus Österreich so geleistet werden kann, daß sie zur Verständigung der Religionsgemeinschaften und Nationalitäten in Bosnien-Herzegowina beiträgt. Außerdem wird erwartet, daß die österreichischen Delegationsmitglieder Hinweise dazu erhalten, was Österreich zur Weiterentwicklung des interreligiösen Dialogs in dem durch den jahrelangen Krieg so schwer geprüften Land konkret beitragen kann.

Prof. Larentzakis wird bei einer Pressekonferenz in Sarajevo auch in persönlicher Form zur Teilnahme an der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung 1997 in Graz einladen. Der interreligiöse Besuch in Sarajevo wird mit einem Empfang durch den bosnisch-herzegovinisches Wissenschafts- und Unterrichtsminister, Fahrudin Rizvanbegovic, schließen. Auf der Rückfahrt nach Österreich wird die Delegation ein Projekt der Aktion "Dach über dem Kopf" in Vitez besuchen.

